

# STAATSARCHIV HAMBURG

351 - 11

Amt für Wiedergutmachung

---

28340

---

---

---

---

---

---

  
**REGIS** GmbH

Art.-Nr. 37160-HAM3  
Einschlagmappe gemäß ISO 16245



70 2011

Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung

28340

## Wiedergutmachungsakte

Roloff - Robinow, Kaethe

(Familien- und Rufname)

ch

ret durch

### Hinweise auf Akten

Fürsorgeakte

Rückerstattungs-Akten

Strafakten

Rentenakte

Rolle Roloff 4<sup>38.10</sup>  
300324 Hirschel Hansestadt  
(Traktor)  
Derivateakte nachhandelt

Sachgebiet:

Büro Roloff  
30.9.65

1105 04



Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes streichen!

7.8.9.10  
Dr. Herbert Pardo

Rechtsanwalt  
Hamburg 1  
Bergstraße 14, Hpt.  
Telefon: 32 50 95  
Bank: Hansa-Bank  
Postcheck Nr. 1462 05

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiederaufbau  
Eing. 21. OKT. 1954  
Anl. / Zuständig

mit ..... Anlagen

Nr. B 16 138

Empfangsbestätigung erteilt am 10. Nov. 1954

### Antrag

Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

#### Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Boloff - Robinow  
Vornamen: Kaethe  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 11.5.04 Hamburg  
Jetziger Wohnort/Sitz (Kreis, Land): 102 Carmel Court Kings Drive Wembly Park Middlesex, England  
(Straße und Haus-Nr.)  
Familienstand: ~~led~~ / ~~verh~~ / ~~verw~~ / gesch.  
Anzahl der Kinder: eins Alter der Kinder: 30 Jahre alt  
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsche jetzige: britische  
2. Beruf: Köchin  
Erlerner Beruf: Köchin  
Jetzige berufliche Tätigkeit: Köchin  
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / ~~nein~~  
Wenn ja: Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse ~~und~~ des Glaubens oder der Weltanschauung?  
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ~~ja~~ nein  
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: /

#### Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: .....  
Vornamen: .....  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): .....  
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): .....  
(Straße und Haus-Nr.)  
gestorben am: .....  
in (Kreis, Land): .....  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: .....  
Staatsangehörigkeit: frühere: ..... letzte: .....  
2. Beruf: .....  
Erlerner Beruf: .....  
Letzte berufliche Tätigkeit: .....  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?







IV. Schadensansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)

a) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:

XIX / nein

b) Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)

XIX / nein

2. Heilverfahren:

a) Rente und Kapitalentschädigung:

XIX / nein

b) Schaden an Freiheit (§ 16)

XIX / nein

3. durch Freiheitsentziehung

von ..... vom ..... bis .....  
 in ..... vom ..... bis .....  
 in ..... vom ..... bis .....  
 in ..... vom ..... bis .....  
 in ..... vom ..... bis .....  
 in ..... vom ..... bis .....

Insgesamt = ..... volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)

a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:

ja / XIX

b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:

ja / XIX

c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:

ja / XIX

d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / XIX

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)

a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:

XIX / nein

b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:

XIX / nein

c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:

XIX / nein

d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

XIX / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)

durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

XIX nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

XIX / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? XIX / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

2. Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? XIX / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....

3. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / XIX

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
Wiedergutmachungsamt	.....	11 RW 125/51//
Düsseldorf	.....	17 T 2/51 WK Da
Vermögensverwaltungswesen Hamburg	.....	V/Z 1797
Berlin	.....	.....

AZ: 7. N. G. A 1160/ 50. Rg. Nr. 518/R  
 8. N. G. A 1160/ 50. Rg. Nr. 518/R



Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

ja / ☒ nein

Düsseldorf: Gemälde herausgegeben; Hamburg: Hamburg: Beschluss 29.5.51  
Hamburg: Beschluss 12. Sept. 51 AZ: 5W 132/51/2WIK 168/31

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Berlin: zurückgewiesen;

Art der Leistungen:

Von welchen Stellen?

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden?

ja / nein

VI Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

siehe die Akten der genannten Verfahren

wurden bereits an

(Behörde)

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

-Verfahren eingereicht

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Hamburg

(Ort)

, den 19. Oktober 1954

(Datum)

Dr. Herbert Pank  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind ..... Anlagen beigelegt, und zwar:

1. Erläuterungen
2. Rechnung v. Willers v. 24.1.1950
3. Schreiben v. Dr. Scherzberg v. 25.3.1939
4. Schreiben v. Bleichroeder, Bing v. 22.1.1951
5. Schreiben v. König v. 17.1.1951
6. Vollmacht
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.



lassen worden?

Beschluss 29.5.51  
Abschnitt I und II bezeichnen  
welchen Stellen?

37 Abs. 3 Berl.-REAO oder  
an Rückerstattungspflichtige  
ja / nein

Angaben über die Art der

ungsbehörden, Geburts-, Sterb-  
icht der Verfolgte ist), Nachw  
oser Ausländer oder politische  
Verurteilung sowie sonstige de

ahren

Aktenzeichen)

-Verfahren eingereicht

Angaben richtig sind. Mir ist  
ilweise zu versagen ist, wenn  
h Inkrafttreten des Gesetzes  
ende Angaben über Grund

Entschädigungsbehörde bzw.

Dr. Herbert P  
(Unterschrift)

ar:

5.1939  
22.1.1951

B 16138

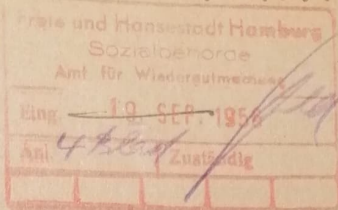
Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
Nicht Zutreffendes streichen!

Lebensantrag

10  
1  
9

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen

(Eingangsstempel) 21.10.1954



mit Anträgen

Nr. B 16138

Empfangsbestätigung erteilt am 20. Sep. 1954

### Antrag

Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

#### Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: B. o. l. o f f geb. Robinow  
Vorname: Käthe Marie E.  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 11.4.04 Hamburg  
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): 78 The Ridgeway  
Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.  
Anzahl der Kinder: 1 Alter der Kinder: 32  
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: englisch  
(Straße und Haus-Nr.)

2. Beruf:  
Ehemaliger Beruf: Buchbinderin  
Jetzige berufliche Tätigkeit: /

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?  
Wenn ja: / ja / nein /  
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein  
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

5. Verfolgte(r)  
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt 1, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt 1, 4] ableitet)

1. Name: /  
Vorname: /  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): /  
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): /  
(Straße und Haus-Nr.)

gestorben am: /  
in (Kreis, Land): /  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: /  
Staatsangehörigkeit: frühere: / letzter: /

2. Beruf:  
Ehemaliger Beruf: /  
Letzte berufliche Tätigkeit: /  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:

b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:  
Bei welchen?

2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:

a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945  
zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:

b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:

b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) bei Heimkehrern:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) nach der Vertreibung:

e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947:  
In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?

Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen.

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:

Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Ver-  
treibungsgebiet: Von wo? Wohin?

b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen:

Betreuung durch welchen Staat oder / und welche  
zwischenstaatlichen Organisationen?

c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?

druck verboten.

1. Schäden an Leben (\$\$)
2. Verluste an Kapitalen
3. Schäden an Körper und Freiheit (\$\$)
4. Verluste an Freiheit (\$\$)
5. Schäden an Freiheit (\$\$)
6. Verluste an Freiheit (\$\$)
7. Schäden an Freiheit (\$\$)
8. Verluste an Freiheit (\$\$)
9. Schäden an Freiheit (\$\$)
10. Verluste an Freiheit (\$\$)

4. Schaden an Eigentum

- a) durch Zerstörung, V
- b) durch Sonderabgab
- c) durch Geldstrafen,
- d) durch sonstige sch

im beruflichen

5. Schaden im beruflichen Verdrängung  
a) durch oder forstwirtschaft  
b) in einem privaten Versetzung in ein  
c) durch Ausfall an  
d) durch Ausschluß von  
6. Versicherungsschaden  
a) durch Schädigung in

Erklärung über anderweitige  
des Nationalsozialismus  
besonderer Anlage zu m

1. Wurden für die unter  
Entschädigungs- oder

Bei welchen Stellen in Organisationen, Firmen

Sind über diese Anträge  
Von oder vor welcher

Haben die unter Abschn.  
Behörden, Organisationen

Art der Leistung	Art der Leistung	Art der Leistung

2. Wurden für die unter

Wegen welcher Verm



Verfolgungsgeschichte werden angemeldet für:

- 1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)  
a) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:  
b) Rente und Kapitalentschädigung:  
c) Schaden an Freiheit (§ 16)  
d) durch Freiheitsentziehung

ja / nein  
ja / nein  
ja / nein

.....	vom .....	bis .....
.....	vom .....	bis .....
.....	vom .....	bis .....
.....	vom .....	bis .....
.....	vom .....	bis .....

insgesamt = ..... volle Monate

- 2. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)  
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:  
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:  
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:  
d) durch sonstige schwere Schädigung: *siehe Anlage*

ja / nein  
ja / nein  
ja / nein  
ja / nein

- 3. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)  
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:  
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:  
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:  
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:  
4. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)  
a) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein  
ja / nein  
ja / nein  
ja / nein  
ja / nein

Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

- 1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....

- 2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....



Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:

Von welchen Stellen?

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an (Behörde) oder

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu -Verfahren eingereicht

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Hamburg  
(Ort)

den 18. September 1956  
(Datum)

Rosy Willen  
(Unterschrift)

Hilke  
Hilke

Dem Antrag sind ..... Anlagen beigelegt, und zwar:

1. Schilderung und Erläuterung des Schadensfalles
2. Ehescheidungsurteil des Landgerichts Bremen
3. v.11.Mai 1934 - R IV 272/1934 - Vollmacht
- 4.
- 5.
- 6.
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.

verboden.

verboden.

Kallmeyer-Druck - Düsseldorf-Benrath

Entschädigung  
Schaden an  
Ich beantrage  
Vermögensverlust

HERBERT PARDO  
RECHTSANWALT  
Hamburg, Bergstraße 14, Hpt

Telefon 325095  
Konto: Hansa-Bank  
Konto: 1462 05

In der Anlage  
Gesetz für  
Bei evtl. Zahlung  
Princkmann, W  
liberalisierte

Anlage  
H. M.



3

Anlage 1.

Entschädigungsanträge für Frau Käthe R o l o f f .

Schaden an Eigentum und Vermögen:

Ich beantrage eine Entschädigung für folgende Eigentums- und Vermögensverluste:

1.) Judenvermögensabgabe:

Nach dem im Rückerstattungsverfahren durch die 2. Wiedergutmachungskammer, Aktenzeichen: 2 WiK 168/51, erlassenen Feststellungsbeschluss sind für Judenvermögensabgabe RM 3.859,56 in bar und RM 5.181,-- in Wertpapieren abgeliefert worden. Ich beantrage eine Entschädigung in Höhe des Differenzbetrages gem. § 21, Absatz 3 BEG.

2.) Auswanderungskosten:

Der Antragstellerin sind an Speditionskosten RM 648,90 entstanden. Ausserdem hat sie noch die Passagekosten für die Auswanderung nach England zahlen müssen.

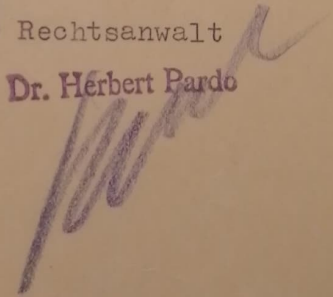
3.) Für den Transport eines rückerstatteten Bildes hat die Antragstellerin DM 51,70 und £ 4.17.- zahlen müssen.

4.) An Rechtsanwaltskosten für Rückerstattungsverfahren sind ihr insgesamt DM 1.750,-- entstanden.

Hamburg, den 19. Oktober 1954.

Der Rechtsanwalt

Dr. Herbert Pardo



-Seite 2-



Abschrift.

5

Resy Willers,  
Hamburg 13,  
Hallerstrasse 2.

Hamburg, den 24. Januar 1950.

R e c h n u n g .

für Frau Käte Roloff geb. Robinow,  
21 Platte Lane, London NW 3.

=====

Für Anmeldung Ihrer Wiedergutmachungsansprüche betr. RM 9.040.56  
Judenvermögensabgabe, sowie des gesamten Hausstandes einschliesslich  
eines Gemäldes von Signac,  
Freigabe- und Versendungsantrag von  $\text{§}$  1000.- 7% Deutsche Äussere  
Anleihe von 1924,  
Wahrnehmung Ihrer Interessen betr. Ihr Wertpapierdepot bei der  
Firma Brinckmann, Wirtz & Co. im Nennwert von RM 33 000.-, Beitritt  
zur Schutzvereinigung privater Wertpapierbesitzer e.V.

einschliesslich Auslagen

D-M 500.--

gez. Resy Willers



Abschrift.

Dr. Kersten, Scherzberg, Buch  
Rechtsanwälte  
Hamburg 11  
Alterwall 32

Hamburg, den 25. März 1939.

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg  
(Devisenstelle)

Hamburg 11

Gr. Burstah 31.

F. 37.  
e.Hd. von Herrn Sulkiewicz.

Frau Käthe Roloff, jetzt London.

Da die Wohnung Wentzelstrasse 15 zum 1. April weitervermietet ist, hat die Firma Berthold Jacoby die Möbel von Frau Roloff bis zum Eingang der Devisengenehmigung zum Versand nach England bei sich eingelagert. Anliegend überreiche ich Rechnung der Firma Jacobi vom 23. ds. Mts. über RM 648,90 für den Transport, Lagergeld und den Weitertransport bis frei Bord Eingangsdampfer London.

Ich bitte die Genehmigung zu erteilen,

dass an die Firma Berthold Jacoby, Hamburg, aus dem Auswanderersperrkonto von Frau Käthe Roloff bei der Dresdner Bank in Hamburg RM 648.90 zum Ausgleich der Rechnung vom 23. März 1939 bezahlt worden.

Die Rechnung erbitte ich zurück.

Der Rechtsanwalt:

Dr. Scherzberg

Anlage.



Abschrift.

Berthold J a c o b y .

Hamburg, 23. März 1939.

R e c h n u n g

für Frau Käthe Roloff, Hamburg, Wentzelstrasse 15.

An	Transport Ihres Mobiliars von der Wentzelstrasse 15 nach meinem Lager . . . . .	5 mtr. a RM 10.--	RM	50.--
	Gestellung von zwei Pack- Meistern . . . . .	1 Tag a RM 16.--	RM	32.--
	5 Packkisten geliefert . . . . .	a RM 3.50	RM	17,50
	geliefertes Packmaterial hierfür . . . . .		RM	18,40
	Rollgeld . . . . .		RM	3,--
	Transport eines Bildes . . . . .		RM	4,--
	Einlagerungs-Gebühr . . . mtr.	RM 1,50	RM	7,50
	Lagergeld für Monat März und April 1939 . . . . .	pr.Monat RM 15,--	RM	30,--
	Späterer Transport ab meinem Lager bis Frei Bord Eingangsdampfer London 1/5 mtr.Liftvans lt.Vereinbarung . . . . .		RM	485,--
	Urkundensteuer . . . . .		RM	1,50
			RM	648,90.
			=====	

Versicherung ist mangels Auftrag nicht gedeckt. -



Bleichroeder, Bind & Co. Limited  
Insurance Brokers

36, Leadenhall Street,  
London, E.C. 3  
and at Lloyds

22nd January, 1951

COVER DEBIT NOTE

No. 160761

Mrs. Kate Roloff,  
c/o E.P. Sonneborn,  
78, The Ridgeway,  
LONDON N.W. 11.

In accordance with your instructions we have effected  
the following insurance.

Per: Steamer &/or Steamers (approved or held covered) &/or  
Conveyances.

From: Düsseldorf/residence via Thine to London/residence.

Interest: £ 1.000 on 1 Painting "The Harbour of Genoa"  
by Paul Zignac, so valued.  
(Framed without glass and packed in experts)

Conditions:

Against all risks whatsoever  
Against loss &/or damage  
from whatever cause arising  
irrespective of percentage  
Including War Risks, Riots,  
Strikes and Civil Commotions  
and Malicious Damage.

Received with Thanks

..... £ 4.17  
1 Kostenmarke  
gez. Unterschrift

Security: Lloyds Underwriters.

£1,000 7/6d% + 2/-d% War £

Premium

4 : 15 : -

Policy and Stamp - : 2 : -

4 : 17 : -

Received

25 Jan. 1951

Nett absolute

£ 4 : 17 : -  
=====

Bleichroeder, Bind & Co. Limited.



# RUD. KÖNIG

BAHNAMTLICHES ROLLFUHRUNTERNEHMEN DÜSSELDORF-BILK  
MÖBELTRANSPORT, SPEDITION, LAGERUNG, AUTOTRANSPORTE, VERZOLLUNG

Adress: RUD. KÖNIG, DÜSSELDORF, Bilker Allee 176

Frau

Käthe Roloff

c/o E.P. Sonneborn 78

78 The Ridgeway

London N.W. 11

Bank-Konto: Bankhaus Bernhard Blanke

Postscheck-Konto: Köln 74552

Telegr.-Adr.: Spedition König, Düsseldorf

Fernsprecher Nr. ~~2201 2208 2208~~ 21198

Bahnsendungen: Düsseldorf-Bilk

Bestellung: Ausland

Zeichen: Schm.II

DÜSSELDORF, den 17.1.1951  
Bilker Allee 176

Ich komme zurück auf unsere wiederholt geführte Korrespondenz und kann Ihnen heute mitteilen, dass ich die Lizenz zur Ausfuhr Ihres Bildes erhalten habe.-

Der Transport nach dort erfolgt durch die Firma Rhein-London und Uebersee-Transport und wird das Schiff anfang bis mitte nächster Woche nach dort abgehen, an die Firma Woodbridge, Mornington Road, Leytonstone, London E 11, zu Ihrer Verfügung.-

Es wäre empfehlenswert, da es sich nach Ihren Angaben um ein sehr wertvolles Gemäde handelt, dort eine Versicherung für den Transport abzuschliessen. Dieserhalb könnten Sie mit der Firma Woodbridge Rücksprache nehmen.-

Wie Ihnen schon mitgeteilt, ist es nicht möglich, die Fracht nach London schon hier zu entrichten, da es sich um Umzugsgut, bzw. Haushaltseffekten handelt. Ebenfalls, da die Lizenz von der Militärregierung ausgestellt wurde.- Um die Fracht hier bezahlen zu können, müsste zusätzlich eine deutsche Lizenz beantragt werden.- Der Einfachheit halber wäre es darum praktischer, die Fracht dort zu erledigen.-

Mit gleicher Post habe ich auftragsgemäss Frl. Resy Willers die Kosten für den Transport durchgegeben, welche DMk. 51.70 betragen.- Die Spezifikation finden Sie am Ende ds. Schreibens.- Ich bat Frl. Willers um umgehende Erledigung, damit das Bild zum festgesetzten Termin abgehen kann.-

Die erfolgte Verladung werde ich der Firma Woodbridge umgehend mitteilen.-

Ich wünsche Ihnen guten Empfang

Hochachtungsvoll!

Rud. König

Aufstellung umseitig.-

Alle Operationen erfolgen auf Grund der Beförderungsbedingungen für den Möbeltransport und der Allgemeinen Spediteur-Bedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Düsseldorf.



VERZOLLUNG, TRANSPORT, EXPEDITION, LAGERUNG, AUTOTRANSPORTE, DÜSSELDORF-BILK  
FACHRICHTUNG: ROLLFÜHRUNGSUNTERNEHMEN  
H. W. SCHMITZ - GEGRÜNDET 1864

Aufstellung:

Abholung des Bildes ab Bank zum Lager.....DMk.	6.-
Verpackung incl. Verpackungsmaterial..... "	24.-
Transport des Bildes zum Schiff..... "	6.-
Zollabfertigung, Papiere etc..... "	15.-

===== i. Sa. DMk. 51.70 =====

Sozial  
Ant. für Wi  
Referat 1  
Akte:  
Reg.-Nr.:

Wahl  
300

Ausschließ  
Sh. Lp  
Bemerkungen  
die o.



Anlage 1 zum Antrag auf Grund des BEG vom 18.9.1953  
für Frau Käthe Roloff geb. Robinow

14

-----  
Antragstellerin ist Jüdin und musste auf Grund ihrer Rassezugehörigkeit noch vor Kriegsbeginn aus Deutschland mit ihrer 1924 geborenen Tochter Gisela auswandern, nachdem ihre Ehe mit Wilhelm Roloff durch Urteil des Landgerichts Bremen vom 11. Mai 1934 geschieden war (AZ.: R IV 272/34).

Der geschiedene Ehemann Wilhelm Roloff war zur Zeit der Ehescheidung Direktor der Nordd. Hochseefischerei AG in Wesermünde. Die Ehescheidungsgründe waren zwischen den Parteien vereinbart. Tatsache war, dass der Ehemann eine Scheidung anstrebte, weil er als Direktor der genannten Gesellschaft nicht mit einer Jüdin verheiratet sein konnte. Anlässlich der Scheidung wurden ein Unterhalts- und ein Erbvertrag zwischen der Antragstellerin und der Tochter Gisela, vertreten durch ihren Pfleger, und dem Ehemann Roloff am 16. Mai 1934 geschlossen. Beide Verträge sind durch entsprechende Verträge vom 31. Oktober 1935 ergänzt bzw. ersetzt worden. Die Originalurkunden sind durch Kriegseinwirkung verlorengegangen. Frau Roloff hatte anlässlich ihrer Auswanderung ihren gesamten Hausrat, bei dem sich auch alle Familienpapiere befanden, zur Verschiffung nach England einer hiesigen Speditionsfirma übergeben. Dieser Hausrat befand sich bei Kriegsausbruch in einem Lift im Freihafen. Der Versand fand nicht mehr statt. Durch die Gestapo wurde die Fa. Schlüter mit der Versteigerung beauftragt.

Beweis: Auskunft dieser Firma.

Es sind wegen dieses Hausstandes und von der Antragstellerin geleistete Judenvermögensabgabe Feststellungsbeschlüsse der Wiedergutmachungskammer 2 des Landgerichts Hamburg vom 13.6.1951 ergangen.

Beweis: Auskunft des RA. Dr. Herbert Pardo, der die Antragstellerin in diesen Verfahren vertreten hat.

Wie die Antragstellerin erinnert und evtl. an Eides statt versichern kann, war Wilhelm Roloff verpflichtet, ihr monatlich 750.- RM Unterhalt für sie und die Tochter zu zahlen, und zwar an die Dresdner Bank, Filiale Winterhude. Die letzte Zahlung erfolgte am 7.11.1938.

Beweis: Auskunft der Dresdner Bank, Filiale Winterhude.

Ansprüche nach dem  
Sonderlichen



Seitdem sind von Wilhelm Roloff keinerlei Zahlungen geleistet.  
Er ist unbekannten Aufenthalts.

Die Antragstellerin macht den ihr entstandenen Vermögensschaden geltend, der ihr dadurch entstanden ist, dass sie infolge der Auswanderung nicht imstande war, die Unterhaltszahlungen für sich und ihre Tochter Gisela zu erlangen. Sie macht ihre Ansprüche geltend für die Zeit vom 1.12.1938 bis zur Möglichkeit eines Transfers durch den Ehemann nach Kriegsende, wenn gleich dieser infolge seiner Unauffindbarkeit bisher nicht zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden konnte. Während des Krieges und bis zur Möglichkeit eines Transfers trifft den Ehemann kein Verschulden an der Nichtzahlung. Auch war er nicht in der Lage, die Zahlungen wertbeständig zu erhalten, da am 20.6.1948 sämtliche Werte in Deutschland umgestellt wurden. Wäre die Antragstellerin nicht gezwungen gewesen, auszuwandern, wäre sie in der fraglichen Zeit auf jeden Fall in den Genuss des ihr zustehenden Unterhalts gelangt. Insofern ist sie jedenfalls geschädigt.

Hamburg, den 18. September 1956

Resy Hillers

Attestzeichen:  
Nr. 272/1934  
Verkündet  
am 11. Mai 1934  
Protokollführer  
(gez.) Eschrich

der Ehefrau  
geb. Robino  
Prozeßbevoll  
Pauli, Lahu

den Kaufman  
Prozeßbevoll  
Dr. Ahlers,

wegen Ehesc  
Die I  
unter Mitwi

für Recht:

Die Par  
Hamburg d

Ausfertigung von /8/.

15

Aktenzeichen:  
R IV 272/1934

Verkündet  
am 11. Mai 1934  
Protokollführer:  
(gez.) Eschrich.

IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES!

U r t e i l

in Sachen

der Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm R o l o f f , Käthe Marie  
geb. Robinow, Bremen, Alten Eichen 30,  
Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Breyer, Kulenkampff-  
Pauli, Lahusen, Lührssen, M. Löning, Bremen,

Klägerin,

gegen

den Kaufmann (Direktor) Wilhelm Roloff, Bremen,  
Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte A. Lürman, Dr. Finke,  
Dr. Ahlers, G. Edzard, Dr. Dettmers, Dr. Strube, Bremen,  
Beklagten,

wegen Ehescheidung.

Die IV. Zivilkammer des Landgerichts zu Bremen erkennt  
unter Mitwirkung folgender Richter:

- 1.) des Richters Dr. Reuter,
- 2.) des Richters Dr. Segelken,
- 3.) des Hilfsrichters Dr. Behrens

für Recht:

Die am 17. Mai 1923 vor dem Standesbeamten  
in Hamburg geschlossene Ehe der Parteien wird ge-  
schieden.

Der Beklagte wird für allein schuldig an der  
Scheidung erklärt.

Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits  
zu tragen.

Nach Rechtskraft des Urteils ist dem Vor-  
mundschaftsgericht Mitteilung zu machen.

T a t b e s t a n d

Die Parteien haben am 17. Mai 1923 vor dem Standesbeamten  
in Hamburg die Ehe geschlossen. Aus der Ehe ist eine Tochter,



die am 30. März 1924 geboren ist, hervorgegangen.

Die Klägerin beantragt,

die Ehe der Parteien zu scheiden, den Beklagten für den allein schuldigen Teil zu erklären.

Sie behauptet, der Beklagte unterhalte seit dem Herbst 1933 ehewidrige Beziehungen zu einer anderen Frau in Berlin, der Tochter eines Aufsichtsratsmitgliedes seiner Gesellschaft. Er gelte in Berlin als Verlobter derselben und trete so auf, daß allgemein daraus gefolgert werde, er beabsichtige, diese Frau zu heiraten. Diese Beziehungen des Beklagten zu einer anderen Frau habe eine Entfremdung der Parteien herbeigeführt. Gleichzeitig habe Beklagter zu der Schauspielerin Ursula Liedtke Beziehungen unterhalten, die die Klägerin nicht zu dulden brauche. Er sei mit der Zeugin Liedtke wiederholt gesehen worden, sei sehr vertraut mit ihr, habe Zärtlichkeiten mit ihr ausgetauscht und duze sich auch mit ihr.

Der Beklagte stellt keine Anträge. Er hat bei seiner persönlichen Vernehmung erklärt, daß die Behauptungen der Klägerin über seine Beziehungen zu den erwähnten Frauen zutreffend seien.

Das Gericht hat in Ausführung des Beschlusses /1/ die Zeugin Liedtke vernommen inhalts Sonderprotokolls /8/. Auch ist der Beklagte persönlich gehört worden. Auf die Angaben der Zeugin und des Beklagten sowie auf den übrigen Akteninhalt wird verwiesen.

#### Entscheidungsgründe.

Die Vernehmung der Zeugin Liedtke hat ergeben, daß der Beklagte seit längerer Zeit mit dieser bekannt ist. Er ist auch wiederholt mit der Zeugin in Lokalen und in der Wohnung der Zeugin gewesen. Daraus sowie aus der Tatsache, daß die Zeugin über die Art ihrer Beziehungen zu dem Beklagten ihr Zeugnis verweigert hat, muß gefolgert werden, daß diese ehewidriger Natur gewesen sind, zumal der Beklagte auf Vorhalt glaubwürdig zugibt, daß er mit der Zeugin Zärtlichkeiten ausgetauscht, sie geduzt und geküßt habe.



Das Gericht ist ferner der Überzeugung, daß die Angaben des Beklagten über seine Beziehungen zu der Frau in Berlin der Wahrheit entsprechen. Danach hat er derselben unter der Voraussetzung, daß seine Ehe mit der Klägerin geschieden werde, die Heirat versprochen.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme ist also festzustellen, daß der Beklagte in zwei Fällen ehewidrige Beziehungen zu anderen Frauen unterhalten hat. Was den Berliner Fall anlangt, so erblickt das Gericht die Ehewidrigkeit darin, daß der Beklagte bei noch bestehender Ehe mit einer anderen Frau in einer Form verkehrt hat, daß bei Unbeteiligten der Eindruck erweckt wurde, daß er der Verlobte derselben sei. Auch die Zusicherung einer demnächstigen Heirat muß als mit dem Wesen einer Ehe nicht vereinbar angesehen werden. Daß Beklagten zu der Zeugin Liedtke hinter dem Rücken der Klägerin eine grobe Verletzung der Pflichten eines Ehemannes darstellen, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Daß durch diese Vorgänge eine erhebliche Zerrüttung der Ehe der Parteien eingetreten ist, erscheint ohne weiteres glaubhaft. Die Voraussetzungen des § 1568 BGB sind demnach erfüllt, so daß der Klage stattzugeben ist.

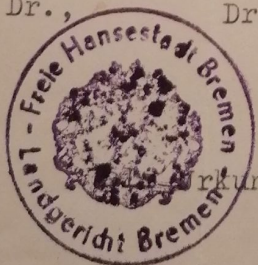
hme.  
gen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO.  
Die Mitteilung an das Vormundschaftsgericht hat gemäß § 630 ZPO zu erfolgen.

(gez.) Reuter Dr.,

Dr. Segelken,

Dr. Behrens.



Für die Ausfertigung:

*[Handwritten signature]*

Justizangestellter

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts.

Vorstehendes Urteil ist rechtskräftig  
seit dem 16. Mai 1934.

Bremen, den 12. JUNI 1956

Der Urkundsbeamte

der Geschäftsstelle des Landgerichts.



*[Handwritten signature]*

op. Justizinspektor



Reg. Nr. 2493

Durchschrift

V o r l a u f i g e r  
Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

d<sup>er</sup> Berechtigten:

Frau Käte R o l o f f geb. Robinow  
107 Carmel Court, Wembley Park,  
Middx. / England

als Rechtsnachfolger nach

./.

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. Herbert Pardo  
Hamburg 1, Große Allee 21

vorläufigen

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen

Einigungen zu Grunde:

Beschluß des Landgerichts Hamburg, 2. Wiedergutmachungskammer,  
vom 13.6.1951 - Az.: 2 WIK 168/51 - V/Z 1797 - in Verbindung  
mit dem Beschluß des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg,  
5. Zivilsenat, vom 12.9.1951 - Az.: 5 W 132/51 - 2 WIK 168/51 -.



VII. II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Rechtstiteln steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRUG ein Anspruch in Höhe von

DM 17.218,05

(i.W.: Siebzehntausendzweihundertachtzehn 05/100 Deutsche Mark)

zu.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist alsbald nach Zustellung des Bescheides auszus zahlen.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Da die Ermittlungen der Oberfinanzdirektion wegen der übrigen Ansprüche, die dem Berechtigten zustehen, noch nicht abgeschlossen sind (§ 40 BRUG), ist ein vorläufiger Bescheid zu erteilen.

VI.

G r ü n d e :

Aus den zu Ziffer I genannten Beschlüssen ergibt sich die Verpflichtung des Deutschen Reiches, der Berechtigten für entzogenes Umzugsgut im Werte von RM 11.478,70 Schadensersatz zu leisten.

Die Höhe des Schadensersatzbetrages bemißt sich gemäß § 16 BRUG nach dem Wiederbeschaffungswert der entzogenen Gegenstände am 1.4.1956. Dieser wird im Einvernehmen mit der Berechtigten auf

DM 17.218,05

festgesetzt.

Dieser Betrag ist gemäß § 32 Abs. 2 BRUG auszus zahlen.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.



HERBERT PARDO  
ERICH SCHIFFNER  
HUBNER

VII.

Eine Rechtsmittelbelehrung entfällt, da der vorläufige Bescheid selbständig nicht anfechtbar ist.

Der Berechtigten wird ein endgültiger Bescheid erteilt werden, sobald die Ermittlungen gemäß § 40 BRUG für die weiteren ihr zuerkannten Ansprüche abgeschlossen sind.

204

Im Auftrag

Colloff-Robinson

beglaubigt:



*Millicol*

gez.

der Ansprüche wegen

Kanzleiangestellte (Gärner)  
Regierungsassessor

gemäß Anlage 1  
sollten wir zu ent-  
schädigen nach dortigen  
für die geltend

*Wiedergutmachungsgesetz*

*Hamburg*

*Regierungssache*

*Colloff-Robinson*

(Name)

*11.5.1960 Hamburg*

(dt. Datum u. -ort)

an die Angelegenheit wird um  
Ausstellung der Akte/s

*Ausstellungsauftrag*

erhalten.

I.A.

*Schneider*  
Sachbearbeiter

1. April 1960

Rechtsanwälte

Dr. Herbert Pardo  
Erich Schiffner  
H. Hubner  
Rechtsanwälte

*Millicol*

*11.5.1960*



Wg. 1105 04 - 11 -  
Kaethe Roloff-Robinow

Hamburg, den 6. März 1961  
La/Ri

Entwurf

Betr.: Kaethe Roloff-Robinow, geb. am 11.5.1904 in Hamburg,  
wohnh.: 107 Carmel Court, Wembley Park, Middlesex/England

In obiger Sache wird in folgenden Punkten Entschädigung beantragt:

a) Judenvermögensabgabe:

Die Antragstellerin hat eine Juva in Höhe von insgesamt 9.040,56 RM entrichtet. Davon sind 3.859,56 RM in bar und 5.181,-- RM durch Hingabe von Wertpapieren gezahlt worden. Auf den Inhalt der Rückerstattungsakte wird hingewiesen.

Für den Betrag von	9.040,56 RM	
ergibt sich umgestellt 10:2	<i>und Entschäd. von</i>	1.808,11 DM ✓

Die für die Rückerstattung zuständige Stelle ist zu benachrichtigen. Auf den Beschluß des LG. Hamburg - 2 Wik 168/51 - vom 13.6.1951 wird hingewiesen.

b) Auswanderungs- und Speditionskosten:

Lt. Blatt 6 u. 7 sind der Antragstellerin	648,90 RM	
Speditionskosten erwachsen.		
Die Entschädigung beträgt (10:2)		129,78 DM ✓
Lt. Vortrag sowie Bl. 6 ist die Antragstellerin 1939 von Hamburg nach London ausgewandert. Die Kosten werden auf	100,-- RM	
geschätzt.		
Die Entschädigung beträgt (10:2)		20,-- DM ✓
Die Gesamtentschädigung beträgt		1.808,11 DM ✓
		129,78 DM ✓
		20,-- DM ✓
		1.957,89 DM ✓
aufgerundet	=	1.958,-- DM ✓

Festgestellt:  
Nachgerechnet:  
R 4

Konto:

Lt. fernmündlicher Anfrage vom 3.3.1961:  
Ausländer-DM-Konto der Antragstellerin bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co.

2) R 11 mit der Bitte um weitere Veranlassung.

b.w.!



Vfg.

Hamburg, den 21. April 1961  
La/Sa

1237

1105 04 -11-

Herren  
Rechtsanwälte Dr. Herbert Pardo  
Siegfried Schiffner  
H. Fischer-Hübner  
Hamburg 1  
Grosse Allee 21 I

Betr.: Entschädigungssache Käthe Roloff geb. Robinow, geb. 11.5.1904

Sehr geehrte Herren!

In obiger Sache haben Sie hier mit Schreiben vom 19.10.54 Ihre Bevollmächtigung eingereicht.

Ferner liegt hier eine Erklärung Ihrer Mandantin vor, mit der sie Frau Resy Willers zur Vertretung vor dem Amt für Wiedergutmachung bevollmächtigt hat. Das Amt erbittet eine Stellungnahme Ihrer Mandantin zu diesem Komplex.

Ferner bittet das Amt um Mitteilung, ob Frau Roloff Speditionskosten von RM 648,90 tatsächlich aufgewendet hat oder ob ihr dieser Betrag von dem Spediteur rückvergütet worden ist. Mit Einreichung des Formularantrages ist nämlich vorgetragen worden, der Hausrat sei durch den Ausbruch des Krieges nicht mehr versandt worden, sondern die Firma Schlüter sei durch die Gestapo mit dessen Versteigerung beauftragt worden. Danach ist die Vermutung begründet, dass die Versandkosten, die möglicherweise zunächst gezahlt worden sind, später erstattet wurden.

Hochachtungsvoll

21.4.61 Sa

24. April 1961

I.A. (Landschoof)  
Reg.-Insp.

2) Wvl. nach 2 Monaten



DR. HERBERT PARDO  
SIEGFRIED SCHIFFNER  
H. FISCHER-HUBNER  
RECHTSANWÄLTE

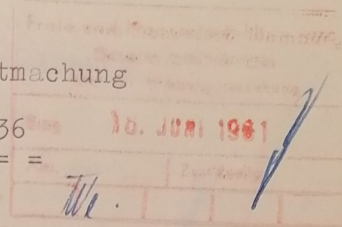
Prozessanwälte bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht  
des Land- und Amtsgericht in Hamburg  
Hamburg 1, Große Allee 21 I.

Fernsprecher 245820  
Kontokonto: Commerzbank A.G., Dep. Ka. St. Georg  
Postcheckkonto 1462 05

Hamburg, den 15. Juni 1961.  
-/v.H.

An das  
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36  
= = = = =  
Drehbahn 54.



Betr.: Entschädigungssache Käthe R o l o f f  
Aktenzeichen : 1105 04 -11-

In obiger Sache beziehen wir uns auf die dortigen Schreiben vom 21.4. und 1.6.1961.

Zu der angeschnittenen Frage der Vertretungsbefugnis bemerken wir, dass wir nach wie vor die Bevollmächtigten der Antragstellerin in ihren sämtlichen Wiedergutmachungssachen sind.

Frau Resy Willers, die früher für die Antragstellerin tätig war, hat uns seinerzeit die erforderlichen Unterlagen übergeben. Soweit es sich notwendig erweist, stehen wir mit ihr im übrigen deswegen auch noch in Verbindung.

Zu der Frage, ob die gezahlten Speditionskosten in Höhe von RM 648,90 an die Antragstellerin seinerzeit zurückgezahlt worden sind, können weder wir noch die Antragstellerin sich äußern. Hierüber ist in dem bisherigen Verfahren, insbesondere in dem Verfahren über die Rückerstattung des Umzugsgutes nichts bekannt geworden. Da das Umzugsgut bis zu seiner Beschlagnahme durch das Deutsche Reich auf dem Lager der Firma Jacoby gelegen hat, ist es auch nicht anzunehmen, dass die eingezahlten Speditionskosten vorher zurückerstattet wurden. Es ist vielmehr wahrscheinlich, dass sich die Forderung der Firma Jacoby wegen der entstandenen Lagerkosten noch erhöht hat.

Die Rechtsanwälte

Dr. Herbert Pardo  
Siegfried Schiffner  
H. Fischer-Hübner  
Rechtsanwälte



Vfg.

- 1.) Vermute : a) nach telefonisch eingeholte Auskunft der OFD.-Kanz.  
Jagmann - ist in Künz mit Erfüllungsbekanntl. betr. Jüwe zu versehen, nach  
dem inzwischen am 15. 8. 61 zwischen Frau Roloff und der OFD. Vergleich  
vor dem Landgericht Hamburg geschlossen worden ist. Erfüllungsbekanntl. ist  
abgearbeitet ( § 4 Verfahrensordnung zum BEG ).
- b) Devisenakt, R-Akte der Antragsstellen und Vg.-Akte der Folter Fritz  
Harwood sind für die vorliegende Sache mitzubekommen. Aus letzter Akte ist  
erichtlich, daß die Folter im Januar 1939 von ihrer freigesetzte Emily  
Robins nach England gebracht worden ist. Die Antragsstellen hat sich  
im April 39 nach London abgemeldet.
- c) Hinsichtlich der Auswanderungskosten interveniert noch, ob es wahrscheinlich  
ist, daß der Feld für die Seefracht mit den Logokosten ( 1939 bis zur Ver-  
stärkung des Langjaggs im Februar/März 1942, monatlich 15,- RM ) ver-  
rechnet worden ist, und ob die Antragsstellen für die Fracht des Bildes nach  
London ( z. B. 9 ) ebenfalls Zuteilung beantragt.
- d) nach Eingang des Erfüllungsbekanntl. der OFD. und Klärung der beiden  
Fragen zu c) soll Befristungsangebot betr. BEG.-hilfe für Sarghaltung Jüwe  
und Auswanderungskosten an R.A. Dr. Pardo erfolgen.

2.) Rezi II : Bitte zurückgeben R-Akte Käthe Roloff  
Devisenakt 16 07/38  
Vg.-Akte Fritz Harwood.

3.) S. II gem. Rapt. : Bitte Anfrage bei Fr. Savoly ( Vorbehalt der RM  
485,-, Bl. 7 ? Wahrscheinlichkeit der Verrechnung mit Logokosten ? )  
und bei R.A. Dr. Pardo ( Antrag betr. Frachtkosten für Bild ? )

7. SEP. 1961

Künz, R. II

Wg. 1105 04  
Firma  
Berthold J  
Freie un  
Hansestadt F  
Preis und Hansestadt  
Sozialdem.  
Amt für Wiedergut  
(Dienstst  
Geschäftsz.: 11

Die mit Schreibe  
Roloff  
anliegend mit Da

Ausgerollt  
Abgesandt  
mit..... An

2) Wvl  
Vermer  
Gem. f  
auf di



ft der OFD.-Karte  
ne zu nehmen, weil  
d der OFD. Vergleich  
füllungsbescheid ist

Postdirektion Hamburg  
BV 23/232 -  
14389

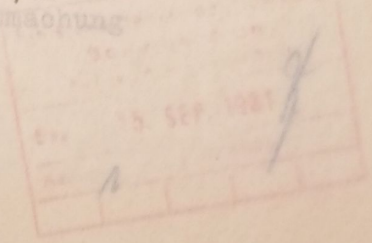
Hamburg 13, den 12. September 1961  
Vfg. Harvestehuder Weg 14  
Telefon: 44 12 91/Abt. 42  
Büro: Magdalenenstraße 64 a

54

1237  
Hamburg und Hansestadt Hamburg  
Vg. 1105 04 -11-  
Hamburg 36  
Hamburg 34

Hamburg, den 12. September 1961  
La/Ri

1) Schreiben an  
Firma  
Berthold Jacoby  
Hamburg 20  
Vg. 11 05 04 -11-  
Höheluftchaussee 153/155



Betr.: Entschädigungssache Käthe Roloff geb. Robinow  
früher wohnh.: Hamburg, Wentzelstraße 15 1904

Sehr geehrte Herren!

Aus einer Rechnung Ihrer Firma vom 23.3.1939 geht hervor, daß Frau Roloff Ihnen für Verpackung ihres Mobiliars, Einlagerungsgebühr, Transport des Mobiliars von Ihrem Lager bis frei Bord des Eingangsdampfers "LONDON" usw. insgesamt 648,90 RM gezahlt hat. Durch den Kriegsausbruch ist aber der Versand unterblieben. Das Mobiliar ist vielmehr auf Ihrem Lager verblieben, bis es auf Anordnung der Gestapo im Februar/März 1942 durch die Fa. Schlüter versteigert worden ist.

Da demnach die Fracht, auf welche der weitaus größere Teil der Gesamtkosten von 648,90 RM kommt, entfallen ist, bittet das Amt um Mitteilung, ob dieser anteilige Betrag Frau Roloff erstattet oder aber auf die bis 1942 entstandenen Lagerkosten angerechnet worden ist.

Sollten hierüber keine Unterlagen mehr vorhanden sein, wird um Stellungnahme gebeten, was mit größerer Wahrscheinlichkeit oder sogar Sicherheit anzunehmen ist.

Für Ihre Mühewaltung dankt das Amt im voraus.

Sie bittet Sie binnen 6 Wochen keine Einwendungen erheben, werde  
den im Bescheid vorgesehenen  
Hochachtungsvoll Berechtigte  
Im Auftrage:

Ausgefertigt am 12.9.61 Ri  
Abgesandt am 12/9/61  
mit Anlagen

(Landschoof)  
Reg. Inspektor

2) Wvl. n. 1 Monat

Vermerk:  
Gem. fernmündlicher Rücksprache am 8.9.1961 wird RA Fischer-Hübner auf die Frage der Transportkosten für das Bild noch zurückkommen.

Anteil des RM  
erhalten?

z. Ri



# BERTHOLD JACOBY

Inh. Paul Meier

Internationale und überseeische Möbeltransporte  
Stadt- und Fernumzüge — Möbellagerung  
Spedition

Bankkonten:  
Deutsche Bank A.G., Hamburg  
Commerz-Bank A.G., Hamburg  
Abt. Eppendorf  
Scheckkonto: Hamburg 11546

Fernsprecher:  
Hamburg 48 37 35 u. 48 37 36  
Telegramm-Adresse:  
Transporthaus Hamburg

HAMBURG 20, den  
Hoheluftchaussee 153

19. 9. 61.

Amt für Wiedergutmachung  
Hamburg 36

Drehbahn 54

Aktz. Wg 11 05 04 - 11 -

Betr.: Entschädigungssache Käthe Roloff  
früher wohnh. Hamburg Wentzelstr 15  
Bezug: Ihr Schreiben vom 12. 9. 61.

Aus der vorliegenden Rechnung meiner Firma vom 23. 3. 39. für Verpackung des Mobiliars, Einlagerung, Transport des Mobiliars von meinem Lager bis free Bord Eingangsampfer London etc. dürfte nicht ohne weiteres hervorgehen, dass derzeit der Rechnungsbetrag an mich bezahlt wurde. Eine Nachprüfung dieserhalb ist mir nicht mehr möglich, weil im Jahre 1943 meine sämtlichen Betriebs und Büroeinrichtungen mit allen Akten völlig vernichtet wurden. Aus diesem Grunde kann ich auch aktenmässig nicht mehr feststellen, welche spätere Be und Verrechnung bis zur Versteigerung erfolgte.

Es ist aber mit Sicherheit folgendes feststehend:  
Sofern volle Bezahlung der vorerwähnten Rechnung erfolgt ist, wurde der nicht verbrauchte Teil des Übernahmebetrages gegen die weiteren Kosten, wie, Lagergeld für etwa 3 Jahre, Auslagergebühr, Transport vom Lager in das Auktionshaus Schlüter, Metergeld und etwaige sonstige Nebenkosten aufgerechnet. Hierbei haben die damals amtlichen Stellen, besonders Gewicht auf die Gegenrechnung oder Rückvergütung der nicht verbrauchten Seefracht gelegt. Dieselbe hat übrigens keineswegs den weitaus grössten Teil der Gesamtkosten dargestellt, sondern nur den geringen Teil der Gesamtkosten. Die Seefracht betrug im Jahre 1939 nur RM 60. per 1000 kg.

Auf keinen Fall sind mir aus einem etwa gezahlten Betrag von DM 648. 90 Überschüsse verblieben.



BERTHOLD JACOBY

Inh. Paul Meier

Internationale und überseeische Möbelfabrik  
Stadt- und Fernverkehr - Möbelfabrik  
Spezial

Hamburg 20, den  
14. 9. 31.

HAMBURG 20, den  
14. 9. 31.

Es musste stets derzeit der genaue Nachweis  
über Vorauszahlungen und Gegenrechnungen erbracht werden

Hochachtungsvoll

Berthold Jacoby

Inh. Paul Meier

*Paul Meier*

Wol. n. 14 Torgern (R. und R.  
Finken-Hülmen  
Bl. 52 Rs.)

2/10.01 *HA*

1) R. Finken-Hülmen wurde  
um Entschädigung geleitet  
(vgl. Bl. 52 Rs.)

2) Wol. n. 14 Torgern.  
*mit f.*

17/10.01 *HA*



(.) Schrb. an:

Hamburg, den 29. 3. 1962  
Lo/ko

Die 1246

1105 04 -11-

Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Herbert P a r d o

H a m b u r g 1  
Große Allee 21 I.

Betr.: Entschädigungssache Frau Käthe R o l o f f - Robinow,  
Wembly Park/England  
hier: Antrag auf Entschädigung für Judenvermögensabgabe  
und Auswanderungskosten

Sehr geehrter Herr Dr. P a r d o !

In obiger Sache nimmt das Amt Bezug auf die Vorkorrespondenz und übersendet Ihnen als Anlage eine Vergleichsurkunde mit der Bitte, diese zu unterschreiben oder von der Antragstellerin unterschreiben zu lassen und hierher zurückzusenden, wenn Sie mit der vorgesehenen Regelung einverstanden sind. Sollten Sie damit nicht einverstanden sein, so wäre das Amt für eine Mitteilung der Gründe dankbar. Wie üblich wird darauf hingewiesen, daß die Behörde den in Aussicht genommenen Vergleich erst dann als für sich verbindlich anerkennen kann, wenn sie Ihnen eine beglaubigte Ausfertigung des Vergleichs zugestellt hat.

Das Amt hat die Vergleichssumme von 577,98 DM nach den Ihnen bekannten einschlägigen Vorschriften des BEG wie folgt berechnet:

a) Judenvermögensabgabe

Soweit diese Abgabe mittels Wertpapieren entrichtet worden ist, entfällt jeglicher Entschädigungsanspruch nach dem BEG, weil die Antragstellerin insoweit bereits im Rückerstattungsverfahren voll entschädigt worden ist.

In bar hat die Antragstellerin an Judenvermögensabgabe 3.859,56 RM zahlen müssen. Die Entschädigung beträgt hierfür nach BEG nach Umstellung des Reichsmarkbetrages im Verhältnis 10 : 2 auf Deutsche Mark DM 771,91.

Im Rückerstattungsverfahren sind der Antragstellerin für die in bar gezahlte Judenvermögensabgabe bereits zugesprochen worden. DM 482,45

Nach § 60 BEG verbleiben mithin noch zur Entschädigung nach BEG DM 289,46.



b) Auswanderungskosten

Die Antragstellerin hat 1939 an die Speditionsfirma Jacoby . . . . . RM 648,90 zahlen müssen.

Die Reisekosten Hamburg-London können mit rund . . . . . RM 100,-- veranschlagt werden.

Für die vorstehenden Aufwendungen von zusammen . . . . . RM 748,90

steht der Antragstellerin nach Umstellung des Reichsmarkbetrages im Verhältnis 10:2 auf Deutsche Mark eine Entschädigung von DM 149,78 zu.

Die gesamten Speditionskosten für den Transport eines Bildes im Jahre 1951 nach London können einschließlich Versicherungskosten nach Umrechnung der zum Teil in englischer Währung bezahlten Kosten in Deutsche Mark zum heutigen Kurs mit rund DM 125.-- veranschlagt werden.

Die gesamten Auswanderungskosten belaufen sich nach Vorstehendem auf DM 274,78.

Hinzuzurechnen ist eine Entschädigung von 5% für Nutzungsschaden (§ 56(2) BEG) = DM 13.74 .

Die Entschädigung für Auswanderungskosten beträgt somit insgesamt . . . . . DM 288,52.

Die zu a) und b) errechneten Entschädigungsbeträge ergeben zusammengerechnet die Vergleichssumme von 577,98 DM. Um Aufgabe des Zahlungsweges darf gebeten werden.

Hochachtungsvoll  
im Auftrage

( Lorf )  
Referent

Anlage

- 2.) Schrb. zu 1) m.1 Vgl.Urk. a.BV abs.
- 3.) Wv.: R 11 nach Eingang, spät. n. 1 Monat.

Anlagefertig am 30.03.1962  
Sandt am  
Anlagen

(Unterschrift des Antragstellers  
oder des Bevollmächtigten)



Aktenzeichen: Wg. 1105 04 -11-

Hamburg, den 26. 4. 1962

68

Vergleich

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Hamburg 36, Drehbahn 54

TESTA	
Sozialbehörde	
Wiedergutmachung	
Dat.	24. APR. 1962
Anl.	
Beendigung	

einerseits

und

~~Herrn/Frau/Fräulein~~ Kaethe Roloff-Robinow,  
geboren am 11.5.04 in Hamburg,  
wohnhaft in 102 Carmel Court Kings Drive, Wembly Park,  
vertreten durch: Middlesex, England,  
Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Herbert Pardo,  
Hamburg 1, Gr. Allee 21 I.,

andererseits

wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen Judenvermögensabgabe,  
soweit hierfür noch nach dem Bundesentschädigungsgesetz eine Ent-  
schädigung zu leisten ist, und wegen Auswanderungskosten

zahlt die Sozialbehörde

~~Herrn/Frau/Fräulein~~ Käthe Roloff-Robinow

1. für Judenvermögensabgabe	289,46	DM
2. für Auswanderungskosten	288,52	DM
3.	-	DM
	577,98	DM
	=====	DM --.
		DM

zusammen

~~unter Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen von~~

~~Zur Zahlung verbleiben somit~~

(in Worten: Fünfhundertsiebenundsiebzig 98/00----- Deutsche Mark).

Die Zahlung erfolgt in - voller - Höhe von 577,98

Vergleichsabschluß in bar.

Im Auftrage:

Dr. Herbert Pardo  
Siegfried Schiffner  
H. Fischer-Hübner  
Rechtsanwälte

als Bevollmächtigte  
(Unterschrift des Antragstellers  
oder des Bevollmächtigten)

Referent / Hauptsachbearbeiter



Eidesstattliche Versicherung

Die Unterzeichnete, Frau Käthe R o l o f f geb. Robinow, früher Hamburg, jetzt England, versichert hierdurch an Eidesstatt das Folgende:

Mir ist die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung bekannt.

Durch Urteil des Landgerichts Bremen vom 11. Mai 1934 (AZ: R IV 272/34) ist meine Ehe mit Wilhelm Roloff geschieden worden. Mein damaliger Ehemann war zur Zeit der Ehescheidung Direktor der Nordd. Hochseefischerei AG in Wesermünde. Anlässlich der Scheidung wurde am 16. Mai 1934 zwischen Wilhelm Roloff einerseits, mir und dem Pfleger meiner Tochter Gisela ein Unterhalts- und Erbvertrag geschlossen, der durch Verträge vom 31. Oktober 1935 ergänzt bzw. ersetzt wurde. Diese letzteren Verträge wurden 1938 durch einen Nachtragsvertrag ergänzt, der sich hauptsächlich auf die Unterhalts- und Erbansprüche unserer Tochter Gisela bezog. Alle diese Unterlagen befanden sich mit sämtlichen Familienpapieren und dem gesamten Hausrat in einem Lift im Hamburger Freihafen zur Verschiffung nach England. Die Verschiffung fand nicht mehr statt. Durch die Gestapo wurde die Fa. Schlüter mit der Versteigerung beauftragt. Sämtliche Papiere sind infolgedessen verloren gegangen.

Mein damaliger Ehemann war aufgrund der genannten Verträge verpflichtet, für mich und meine Tochter monatlich RM 750.- an die Dresdner Bank in Hamburg Filiale Winterhude zu zahlen. Er hat zuletzt am 7. November 1938 eine Zahlung in Höhe von RM 605.85 geleistet. Was es mit dieser Ziffer auf sich hat, kann ich nicht mehr erinnern. Das Aufhören der Zahlungen hing, soweit ich erinnere, mit den damaligen Devisenvorschriften zusammen.

Wembley Park, den

24. 6. 1963

Käthe Roloff